

Kopfschütteln nach Plädoyer für kürzeren Urlaub

Berlin (dpa) - Mit der Forderung nach kürzeren Urlaubszeiten für Arbeitnehmer sind zwei Unternehmensverbände am Freitag auf einhellige Ablehnung gestoßen.

Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) hatte sich in der «Bild»-Zeitung für eine zeitweise Senkung des Urlaubsanspruchs auf fünf Wochen ausgesprochen. Eine noch deutlichere Kürzung des Jahresurlaubs forderte der Unternehmerverband mittelständische Wirtschaft (UMW). «Sechs Wochen sind zu viel, vier Wochen reichen völlig aus», sagte die UMW-Vorsitzende Ursula Frerichs.

Laut Bundesurlaubsgesetz hat ein Arbeitnehmer einen Urlaubsanspruch von mindestens vier Wochen. Viele Tarifverträge sehen aber mehr vor. Deutschland liegt deshalb mit durchschnittlich 30 Urlaubstagen pro Jahr in der EU an der Spitze. Frerichs räumte mit Blick auf die Tarifregeln im Gespräch mit der Nachrichtenagentur dpa ein: «Da können wir wahrscheinlich nicht dran rütteln.» Ihr Vorhaben richte sich aber zumindest an die nicht tarifgebundenen Unternehmen.

Trotzdem stieß die Forderung der Verbände nicht nur bei Linken, Grünen und der CSU auf Widerstand, sondern auch beim arbeitgebernahen Institut der Deutschen Wirtschaft (IW). Der Vorschlag führe in die Irre, sagte IW-Geschäftsführer Hans Peter Köls dem Radiosender hr-Info. Stattdessen müsse man eher über Feiertage und Brückentage sprechen. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Die stellvertretende Parteichefin der Linken, Katja Kipping, kritisierte, mehr Arbeit für das gleiche Geld komme einer Kürzung des Stundenlohns gleich. «Wer solche Vorschläge unterbreitet, ist ganz offensichtlich urlaubsreif.» Die Grünen-Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke sprach von einem «Schlag ins Gesicht» der Beschäftigten und der Gewerkschaften, die in der Wirtschaftskrise konstruktive Zurückhaltung geübt hätten. Die CSU-Politikerin Marlene Mortler warnte zudem vor Nachteilen für die Tourismusbranche.

Frerichs verteidigte hingegen ihre Forderung. Vor dem Hintergrund der anspringenden Konjunktur sei es problematisch, wenn Mitarbeiter einem Unternehmen drei bis vier Wochen am Stück fehlten. Viele Betriebe beklagten, «dass man Arbeit hat, aber keine Mitarbeiter hat», sagte sie der dpa. Auch BVMW-Präsident Mario Ohoven argumentierte: «Der Mittelstand hat jetzt wieder volle Auftragsbücher, da wird jeder gebraucht.» Beide warben zudem dafür, den nicht in Anspruch genommenen Urlaub auf einem Arbeitszeitkonto zu parken und ihn bis zu einer schlechteren Auftragslage aufzusparen.

Neben den Urlaubstagen war in den vergangenen Jahren auch immer wieder über die Zahl der Feiertage debattiert worden. Jeder zusätzliche freie Tag kostet die deutsche Wirtschaft verschiedenen Schätzungen zufolge rund zwei bis drei Milliarden Euro.

Die CSU-Abgeordnete Mortler erklärte hingegen, Bayern habe bundesweit die meisten Feiertage, verzeichne aber trotzdem ein hohes Wirtschaftswachstum. Die ostdeutschen Länder hätten hingegen vergleichsweise wenig Feiertage, lägen beim Wirtschaftswachstum aber auf den hinteren Plätzen. In diesem Jahr fallen ohnehin viele Feiertage auf ein Wochenende: Der 1. Mai war ein Samstag, der 3. Oktober ist ein Sonntag, und Weihnachten wird ebenfalls samstags und sonntags gefeiert.

Der BVMW einschließlich seiner Partnerverbände spricht nach eigenen Angaben «für mehr als 150 000 Unternehmen mit rund 4,3 Millionen Beschäftigten». Zur Mitgliederzahl des UMW schreibt der Oeckl, das Handbuch des öffentlichen Lebens: «Keine Angaben». Verbandschefin Frerichs hatte erst vor wenigen Wochen für Aufregung gesorgt, als sie eine Deopflicht für Arbeitnehmer gefordert hatte. Damals sprach sie sich sogar für Abmahnungen aus, wenn Arbeitnehmer wiederholt durch unangenehmen Körpergeruch auffallen.